

# 28. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2018



**Zur direkten  
Demokratie.**

**Zur Selbst-  
bestimmung.**

[www.selbstbestimmungsinitiative.ch](http://www.selbstbestimmungsinitiative.ch)

PC-Konto 31-31457-1

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  4. Aktualitäten

---

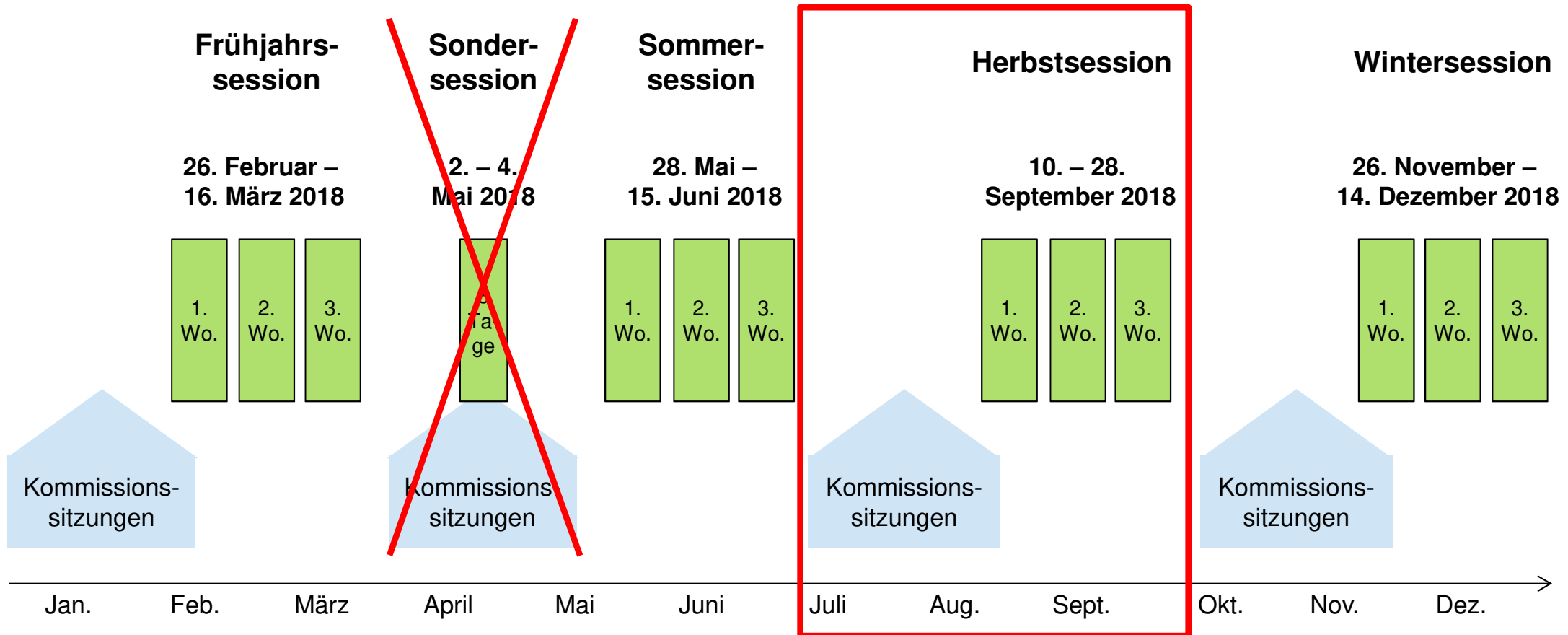
## **1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr**

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

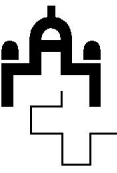
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

# In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession und andere wichtige politische Entwicklungen



 Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





# Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der CVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP



## Stärke der Fraktionen im Nationalrat

<b>SVP:</b>	<b>68</b>
SP:	43
FDP:	33
CVP/EVP:	30
Grüne:	12
GLP:	7
BDP:	7

8 Stimmzähler

Präsident (CVP)

1. Vizepräsidentin (SP)

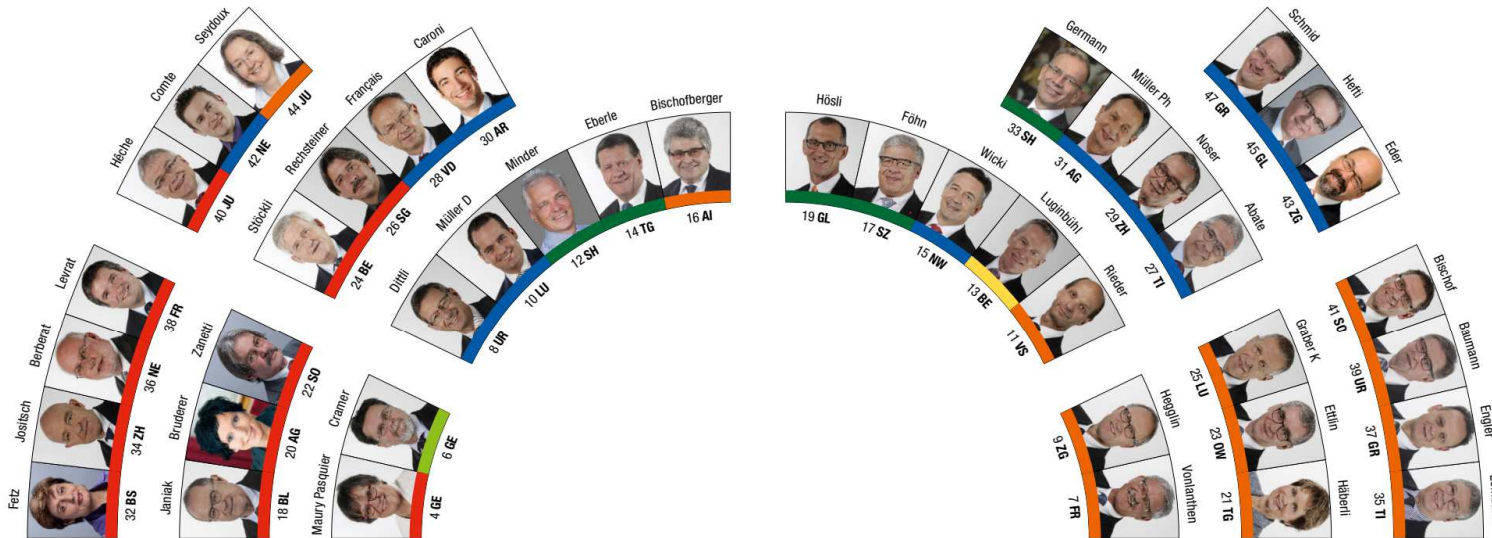
2. Vizepräsidentin (FDP)



Quelle: [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)

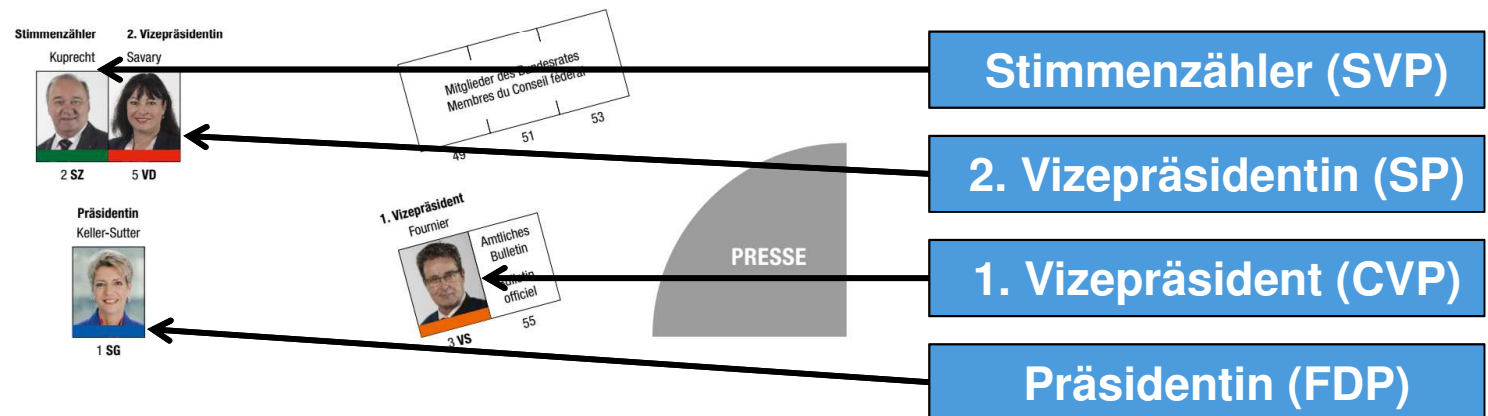
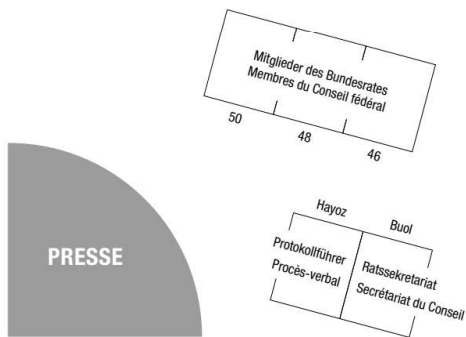
TA / 1. Oktober 2018

# Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der FDP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die CVP und die SP



## Stärke der Fraktionen im Ständerat

FDP:	13
CVP/EVP:	13
SP:	12
<b>SVP:</b>	<b>6</b>
Grüne:	1
BDP:	1
GLP:	0



---

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

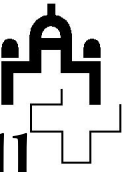


# Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Herbstsession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Schweiz-EU:
  - Institutionelles Rahmenabkommen und Kohäsionsmilliarde
  - Selbstbestimmungsinitiative
  - Begrenzungsinitiative
- 2 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.  
Übernahme der Richtlinie 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie
- 3 Armeebotschaft 2018 / Aufstockung des Grenzwachtkorps
- 4 Steuervorlage 17/AHV-Deal
- 5 Gleichstellungsgesetz
- 6 Ausländergesetz
- 7 Diverse weitere Geschäfte

Bemerkung: Zeitplan nicht bestätigt  
Quelle: [www.admin.ch](http://www.admin.ch); weitere Webseiten





# Der Bundesrat zahlt 1,3 Milliarden Franken an die EU – diese will die Schweiz weiterhin zur automat. EU-Rechtsübernahme zwingen

## Besänftigen, verhandeln, leise drohen

**Europapolitik** Der Bundesrat genehmigt 1,3 Milliarden Franken für Ost- und Südeuropa, um gegenüber der EU eine «positive Dynamik» zu schaffen. Trotz aller Widerstände versucht die Regierung, ein Rahmenabkommen zu erzwingen.

**Fabian Renz und Markus Häfliger**

Das Zeitfenster wird enger und enger. Bis spätestens Anfang Winter müsste es der Schweiz gelingen, sich mit der EU auf ein institutionelles Rahmenabkommen zu einigen – andernfalls hat sie mit Sanktionen Brüssels zu rechnen, die insbesondere die Schweizer Börse treffen könnten. Die gestrigen Entscheide des Bundesrats, angekündigt schon im Sommer, waren daher mit Spannung erwartet worden: Endlich, so die Hoffnung, würde klar werden, wie die Regierung die verfahrenene Situation in den Verhandlungen zum Besseren zu wenden gedenkt.

Beschlossen hat der Bundesrat nun eine Massnahme, mit der er eine «positive Dynamik» in Brüssel erzeugen möchte, wie Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) erläuterte. Es geht dabei um die 1,3 Milliarden Franken, die als sogenannter Erweiterungsbeitrag nach Osteuropa fliessen sollen – wobei ein Teil des Geldes auch für Projekte zu einer besseren Steuerung der Migration in Südeuropa gedacht ist. Das Vorhaben des Bundesrats hat diese Zeitung bereits letzte Woche publik gemacht: Er schlägt dem Parlament die Freigabe der Gelder vor. Gemäss Insidern be-



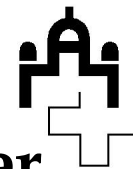
Wäre wohl zu Konzessionen gegenüber Brüssel bereit: Aussenminister Ignazio Cassis. Foto: Peter Schneider (Keystone)

nigung auf ein Rahmenabkommen verkündet wird.

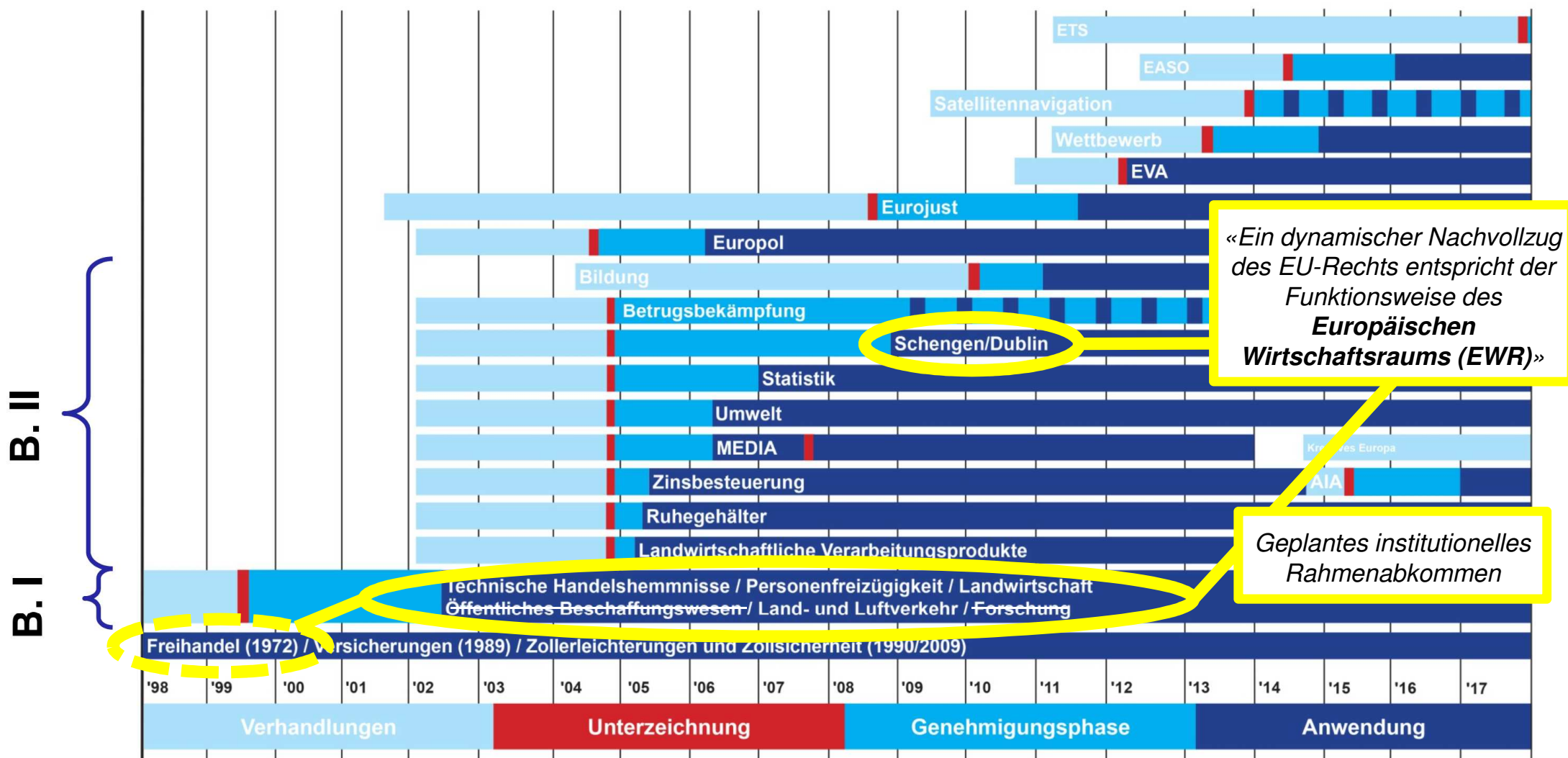
Cassis legte gestern aber unmissverständlich dar, dass einer solchen Einigung eine «Hauptdifferenz» plus einige «Nebendifferenzen» entgegenstehen. Die «Hauptdifferenz» betrifft die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne: Nach wie vor verlangt die EU, dass die Flankierenden abgeschwächt und dem Urteil der europäischen Richter unterstellt werden. Cassis wäre wohl bereit zu Konzessionen, kann diese aber gleichwohl schwerlich eingehen, da der Schweizerische Gewerkschaftsbund hierzu kategorisch Nein sagt. Er bekräftigte seine kompromisslose Haltung gestern gleich noch einmal: An der Delegiertenversammlung in Bern wurde eine Resolution verabschiedet, die «mehr, nicht weniger Schutz» fordert.

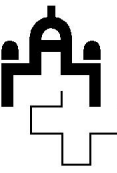
### Sonderjob für Berset

Die von Bundesrat Cassis erwähnten «Nebendifferenzen» (Unionsbürgerrichtlinie, Arbeitslosenentschädigung) haben es teilweise ebenfalls in sich. Trotzdem scheint es innerhalb des Bundesrats eine Art Achse der Willigen zu geben, bestehend aus Cassis, Johann Schneider-Ammann (FDP) und Doris Leuthard (CVP): eine Achse, die den Ab-



# Überblick über die wichtigsten bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU

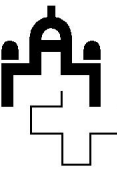




# Wer bestimmt in der Schweiz? Das Schweizer Volk oder Bürokraten, Experten und internationale Organisationen?

- **Wer bestimmt künftig in der Schweiz?** Der Stimmbürger und die Stimmbürgerin oder Bürokraten, Experten und internationale Organisationen (sog. internationales Recht)?
- **Bei uns entscheiden die Bürger. Der oberste Gesetzgeber ist das Volk.**
- Bei folgenden Volksinitiativen wurde der **Volkswille nicht umgesetzt**:
  - Volksinitiative gegen Masseneinwanderung;
  - Ausschaffungsinitiative (Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer);
  - Unverjährbarkeitsinitiative (Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern);
  - Pädophileninitiative (Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen).
- **Staatsstreich am Bundesgericht:** Eine Kammer des Bundesgerichts entschied 2012, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), d.h. internationales Recht sei stärker zu gewichten, d.h. stehe höher als die neuere Verfassungsbestimmung über die Ausschaffung krimineller Ausländer (d.h. die von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative). Mit diesem Entscheid von 2012 machte das Bundesgericht eine politische Abwägung, welche die direkte Demokratie in ihren Grundfesten erschüttert und darum dringend zu korrigieren ist.
  - **Deutscher Schläger wird nicht ausgeschafft:** Das Zürcher Obergericht entscheidet 2017, dass die Bilateralen Verträge mit der EU der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative vorgehen.
  - **Eigenständige Steuerung der Zuwanderung** wird mit **Verweis auf Freizügigkeitsabkommen mit der EU** nicht umgesetzt.

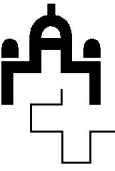




# Was für Urteile fällt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)?

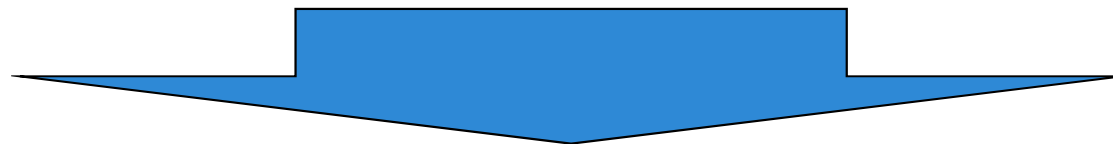
- **Bedenkliche Entscheide Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR):**
  - **Widerrechtliche Vereine legalisieren?** Nach Schweizer Recht ist ein Verein mit widerrechtlichem Zweck aufzulösen. Hausbesetzungen sind widerrechtlich. Ein Verein, der Hausbesetzungen bezweckt, muss darum aufgelöst werden. Der EGMR hat einen BGE korrigiert und gesagt, die Auflösung eines solchen Vereins sei menschenrechtswidrig.
  - **Kriminelle Ausländer nicht ausschaffen?** Am 16. April 2013 entschied der EGMR, die Verurteilung zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe und die Sozialhilfeabhängigkeit seien keine ausreichenden Gründe, um einen ausländischen Drogenhändler auszuweisen. Der Anspruch auf „Schutz des Familienlebens“ (Art. 8 EMRK) sei höher zu gewichten.
  - **Recht auf Geschlechtsumwandlung:** Mit Entscheid vom 8. Januar 2009 statuierte der EGMR im Fall eines 67jährigen Mannes, dass Art. 8 EMRK auch das Recht umfasse, sich vom Staat eine Geschlechtsumwandlung bezahlen zu lassen. Das Recht auf Geschlechtsumwandlung wurde in einem Entscheid vom 10. März 2015 gestärkt.
  - **Dublin-Abkommen soll nur teilweise gelten:** Eine afghanische Familie sollte nach Italien zurückgeschickt werden, weil sie dort ihr erstes Asylgesuch gestellt hat. Der EGMR befand am 14. November 2014, die Familie dürfe nicht zurückgeschickt werden bis Italien der Schweiz gegenüber Garantien abgeben kann, dass die Familie in Italien gut untergebracht ist.
- **Problem:** EGMR nimmt für sich in Anspruch, **den Inhalt der EMRK „dynamisch“ weiterzuentwickeln.** Das bedeutet: Maximal 17 Richter haben das Sagen, während die nationalen Gesetzgeber entmachteter sind.





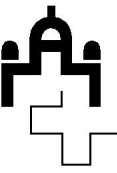
## Zitat Bundesrat: «In keinem Staat wird zudem dem Völkerrecht uneingeschränkt der Vorrang vor dem Landesrecht eingeräumt ...»

- **Die EU widersetzt sich selbst einem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK):** Im Vertrag von Lissabon (2007) ist der Beitritt der EU zur EMRK vorgesehen. Damit würde der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) überprüfen, ob die Rechtsakte der EU mit der EMRK in Einklang stehen. Der europäische Gerichtshof (EuGH) begründet in seinem Gutachten vom 18. Dezember 2014, dass ein Beitritt der EU in die EMRK die Autonomie des Unionsrechts verletzen würde. Die EU hält also an ihrer Selbstbestimmung fest... Und die Schweiz?
- Der Bundesrat hat in seinem Bericht von 2010 in Erfüllung der Postulate 07.3764 und 08.3765 selbst geschrieben: **«In keinem Staat wird zudem dem Völkerrecht uneingeschränkt der Vorrang vor dem Landesrecht eingeräumt ...»**. Weshalb sollte die Schweiz, das freiheitlichste Land der Welt, ausgerechnet das erste Land sein?



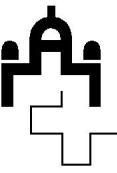
Es geht nicht um links oder rechts. Es geht um den Grundsatz,  
**wer in unserem Land bestimmt.**

Es geht um den **Erhalt der direkten Demokratie**,  
d.h., dass wir auch künftig selbst über uns bestimmen.



## Ein JA zur Selbstbestimmungsinitiative...

- **sichert das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft;**
- **schützt die direkte Demokratie und damit das Erfolgsmodell Schweiz;**
- **schafft Rechtssicherheit;**
- **erhält die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz.**



# Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten Länder tun

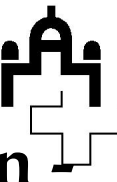
**Probleme der masslosen Zuwanderung endlich lösen**

**Zuwanderung eigenständig regeln**

**Personenfreizügigkeit notfalls kündigen**

- Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern 60'000 bis 80'000 Personen mehr in unser Land ein als es verlassen. Die negativen Folgen sind schmerzhaft: Einheimische Arbeitsplätze werden zusehends gefährdet, namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere Kultur. Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer. Hinzu kommt, dass praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden ins Unerträgliche.
- Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten erfolgreichen Länder der Welt tun. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Vielmehr verschärfen sogar viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze.
- Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.

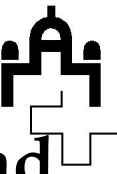




**Am 31. August 2018 reichte die SVP die Begrenzungsinitiative ein**  
**Bis in einem Jahr muss der Bundesrat eine Vorlage vorlegen**

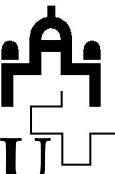






# Im Überblick: Es ist zu verhindern, dass internationales Recht und damit fremde Richter über das Schweizer Volk gestellt werden

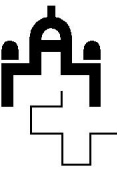
	Institutionelles Rahmenabkommen	Selbstbestimmungsinitiative	Begrenzungsinitiative
Worum es geht	EU-Recht und EU-Richter statt Schweizer Recht	Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.	Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern soll wieder eigenständig geregelt werden.
Was die Folgen sind	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Zwingende Übernahme EU-Recht</b> = Entmachtung Bürger</li> <li>▪ Unterstellung unter <b>fremde Gerichte</b> = Gegen CH Souveränität</li> <li>▪ EU kann <b>Sanktionen</b> ergreifen</li> <li>▪ <b>EU-Überwachungsinstanz</b></li> <li>▪ Jährliche <b>Kohäsionszahlungen</b></li> <li>▪ Die EU ordnet an = EU-Beitritt in Raten = <b>Ende des bilateralen Weges</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gemäss Art. 5 BV ist Völkerrecht zu beachten</li> <li>▪ Bundesgericht urteilt, dass vom Volk angenommene Initiativen bei Konflikt mit «Völkerrecht» nicht anwendbar sind</li> <li>▪ <b>Bundesgericht stellt internationales Recht über Schweizer Recht (Änderung der Rechtsprechung)</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Eigenständige Steuerung, d.h. Kontingente und Höchstzahlen</li> <li>▪ <b>Bewährte Lösung</b>, welche die Schweiz von 1970-2007 praktizierte</li> <li>▪ <b>Kündigung des EU-FZA</b>, falls Ausserkraftsetzung auf Verhandlungsweg nicht möglich</li> </ul>
Was zu tun ist	Das <b>institutionelle Rahmenabkommen</b> muss zwingend <b>abgelehnt</b> werden	Die <b>Selbstbestimmungsinitiative</b> muss unbedingt <b>angenommen</b> werden	<b>Der Bundesrat</b> erarbeitet zur Zeit eine Vorlage



## Beim dynamischen Schengen/Dublin-Abkommen versucht die EU die Schweiz schon heute zur EU-Rechtsübernahme zu zwingen...

- **Unrecht!** Die EU-Waffenrichtlinie ist unrecht. Bei ihrer Erarbeitung missachtete Brüssel elementare Grundsätze rechtsstaatlicher Gesetzgebung. Unlautere Paragraphen, diktiert aus fremder Feder: Wenden wir sie nicht ab, verlieren wir alle.
- **Freiheitsfeindlich!** Die EU-Waffenrichtlinie ist freiheitsfeindlich. Unser jahrhundertealtes Recht auf Waffenbesitz würde sie zum blossen Privileg verstümmeln. Schweizerinnen und Schweizer sind keine Bittsteller vor der Obrigkeit, und sie sollen es auch nicht werden.
- **Nutzlos!** Die EU-Waffenrichtlinie ist nutzlos. Legitimiert wird sie als Massnahme gegen die aktuelle Terrorwelle – doch seit deren Beginn wurde noch kein einziges Attentat mit einer Legalwaffe verübt. Gesetze erlässt man nicht zum Plausch: Solcher Unsinn geht zu weit!
- **Gefährlich!** Die EU-Waffenrichtlinie ist gefährlich. Ihre Umsetzung würde unseren Sicherheitskräften unnötigen Papierkram und gewaltige Zusatzkosten bescheren. Fesselt man Polizisten an ihre Schreibtische, schafft man das Gegenteil von Sicherheit.
- **Antischweizerisch!** Die EU-Waffenrichtlinie ist antischwizerisch. Statt Berufsparlament und Freiwilligenarmee haben wir Abstimmungssonntage und Bürger in Tarnanzügen. Diese Verhältnisse sind einzigartig, und sie funktionieren bestens. Ausländische Waffengesetze, die uns unsere Sturmgewehre verbieten, brauchen wir genauso wenig wie fremde Demokratierichtlinien, die uns das Initiativrecht nehmen.





# Unterstützen Sie uns bei der Unterschriftensammlung!

# HALT!

Kein freiheitsfeindliches,  
unrechtes, nutzloses,  
gefährliches und  
antischweizerisches  
EU-Waffengesetz in  
der Schweiz!

**Peter Kammermann**  
Inhaber einer Büchsenmacherei  
und Massschäfterei, Sportschütze  
aus Leidenschaft



**Nein** zum  
Entwaffnungs-  
Diktat der EU

[EU-Diktat-nein.ch](http://EU-Diktat-nein.ch)

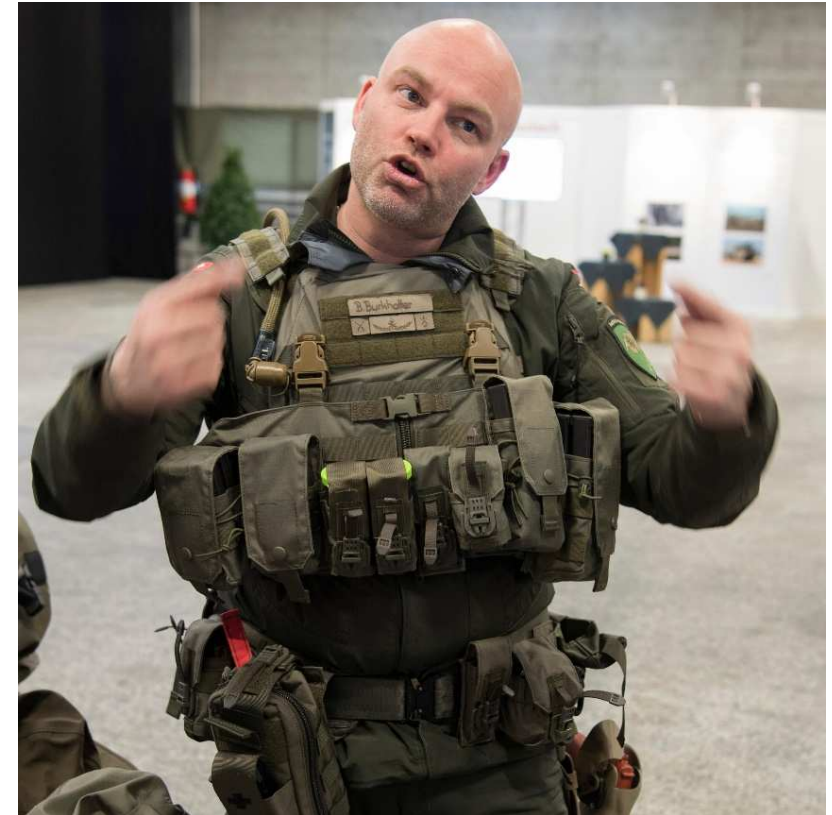


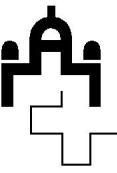
# Dank der SVP wird die Armee endlich wieder vollständig ausgerüstet

**SVP kämpft  
erfolgreich für  
Schutz-  
ausrüstung der  
Wehrpflichtigen**

**Zusätzliche  
Stellen beim  
Grenzwachtkorps**

- Wie akut der SVP-Mangel im Ständerat ist, konnte bei diesem Geschäft beispielhaft beobachtet werden. Kaum hatte man beschlossen, die Armee endlich wieder vollständig auszurüsten, glaubte der Ständerat ausgerechnet bei der Schutzausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten sparen zu müssen. Im Nationalrat fand diese Idee der «Chambre de Réflexion» kein Gehör. Selbstverständlich soll jeder Armeeangehörige Gewissheit haben, dass er im Einsatz eine Schutzweste erhält, wenn er sein Leben für die Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer riskiert. Mehr Schutz für unsere Wehrmänner und -frauen, damit sie sich schützend vor uns alle stellen können.
- Die Beharrlichkeit der SVP trägt Früchte. Die in der Zollverwaltung dank Digitalisierung einsparbaren Bundesstellen sollen zugunsten zusätzlicher Grenzwächter neu besetzt werden. Mehr Sicherheit an den Grenzen dank der SVP.

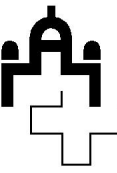




# Nach der Ablehnung der USR III wird das Volk voraussichtlich am 19. Mai 2019 über die STAF abstimmen

## Worum es geht

- Die steuerliche Privilegierung der kantonalen Statusgesellschaften stehen nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards. Diese Ausgangslage führt bei Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, zu Rechts- und Planungsunsicherheiten.
- Zudem steht die Schweiz in einem härter werdenden internationalen Wettbewerb. Bedeutende Länder haben signifikante Gewinnsteuersatzsenkungen beschlossen und gleichzeitig mehrten sich unilaterale wie auch international koordinierte Massnahmen, die darauf abzielen, steuerlich attraktive Länder zu schwächen.
- Der Bundesrat schlägt dem Parlament die folgenden Massnahmen vor:
  - 1) Aufhebung der Regelungen für Statusgesellschaften
  - 2) Anpassungen im Finanzausgleich (neue Gewichtung der Unternehmensgewinne im Ressourcenausgleich und Einführung temporärer Ergänzungsbeiträge)
  - 3) Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer von 17 auf 21,2 Prozent
  - 4) Berücksichtigung der Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kantonsanteils
  - 5) Obligatorische Einführung einer Patentbox auf kantonaler Ebene
  - 6) Fakultative Einführung zusätzlicher Abzüge für Forschung und Entwicklung auf kantonaler Ebene
  - 7) Einführung einer Entlastungsbegrenzung bei der Gewinnsteuer
  - 8) Erhöhung der Dividendenbesteuerung beim Bund auf 70 Prozent, bei den Kantonen auf mindestens 70 Prozent
  - 9) Erhöhung der Mindestvorgaben für Familienzulagen um 30 Franken



# Gemäss dem FDP/SP-Päckli soll die Einzahlung in die AHV zu zwei Drittel durch den arbeitenden Mittelstand finanziert werden

## Ergebnis in den Räten

## Position der SVP

- Bei der Steuervorlage 17 (18.031) folgte der Nationalrat den ständerätlichen Beschlüssen:
  - **AHV-Finanzierung:** Anstelle einer Erhöhung der Familienzulagen soll eine AHV-Finanzierung vorgenommen werden (3 zusätzliche Lohnpromille (je 0,15% Arbeitgeber / Arbeitnehmer), Zuweisung des ganzen Demografieprozents der MWSt an den AHV-Ausgleichsfonds, Erhöhung des Bundesbeitrags an die AHV auf 20.2%).
  - **Teilbesteuerung von Dividenden:** Dividenden von qualifizierten Anteilseignern auf Ebene Kantone sollen zu mind. 50% (statt 70% gemäss Bundesrat) besteuert werden.
  - **Anpassung des Kapitaleinlageprinzips:** Der Ständerat will, dass börsenkotierte Unternehmen nur Kapitaleinlagereserven (KER) steuerfrei ausbezahlen dürfen, wenn sie in der gleichen Höhe steuerbare Dividenden ausschütten.
  - **Neuer Abzug auf Eigenfinanzierung,** jedoch nur im Kanton Zürich, jenem Kanton, der zukünftig voraussichtlich den höchsten regulären Steuersatz haben wird.
- Im Ständerat wurde im Frühjahr in einer Nacht- und Nebelaktion und unter Ausschluss der SVP ein «Päckli» geschnürt. Dabei wurden mit der AHV-Finanzierung und der Unternehmenssteuerreform zwei völlig unterschiedliche Themen miteinander verknüpft. Wie kann man sich als Stimmbürger zu einer Vorlage äussern, die mehrere unterschiedliche Fragen miteinander behandelt? Weiter wurde unter Mithilfe der Mitteparteien die Erhöhung der Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern von 8,4 auf 8,7 Prozent beschlossen. Dies bedeutet eine neuerliche Erhöhung der bereits viel zu hohen Zwangsabgaben für den Mittelstand. Die Mehrheit der SVP Fraktion lehnt dieses «Päckli» entschieden ab.



# Das Parlament beschliesst weitere Eingriffe in den Schweizer Arbeitsmarkt

- Gegen den Willen der SVP hat der Nationalrat Massnahmen gegen die angebliche Lohndiskriminierung von Frauen genehmigt.
- Die SVP sieht in der Massnahme einen ungerechtfertigten Eingriff in den freien Arbeitsmarkt.
- Die Lohngleichheit ist bereits heute in der Bundesverfassung verankert und die gesetzlichen Möglichkeiten gegen Lohndiskriminierung bestehen.

## Überzeichnet der Bund Diskriminierung?

**Gleichstellung** 7,4 Prozent beträgt der Lohnnachteil der Frauen laut der massgebenden Statistik des Bundes. Das Problem ist: Das Modell hat gravierende Mängel. Die tatsächliche Berufserfahrung als wichtigster Grund für die Lohndifferenz bleibt unbeachtet.

Roger Braun

7,4 Prozent. Diese Zahl wird im Mittelpunkt stehen, wenn morgen der Nationalrat darüber berät, ob Firmen ab 100 Angestellten zu Lohnanalysen verpflichtet werden sollen. 7,4 Prozent beträgt der unerklärte Lohnunterschied zwischen Mann und Frau in der Schweiz nach offiziellen Angaben des Bundes. Für die Linke ist damit der Beweis erbracht, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor diskriminiert werden. Aus diesem Grund demonstrierten gestern rund 20 000 Frauen und Männer auf dem Bundesplatz in Bern (siehe Kasten).

Für ein Land, das seit 1981 in der Verfassung festhält, dass gleiche Arbeit gleich entlohnt werden soll, ist eine diskriminierende Entlohnung der Geschlechter in der Tat ein Unding. Allerdings gibt es ein Problem: Die behauptete Lohndiskriminierung steht auf äusserst wackligen Füßen.

**HSG-Studie zeigt grosse Lücken auf**

Das Gleichstellungsbüro des Bundes veröffentlichte alle zwei Jahre die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau. Im vergangenen Jahr kamen die Forscher zum Schluss, dass Frauen im Jahr 2014 im Durchschnitt 6397 Franken verdienten; bei den Männern waren es 7809 Franken. Das ergibt einen Unterschied von gut 18 Prozent. Für diese Differenz gibt es nachvollziehbare Gründe. Männer stehen in der beruflichen Hierarchie

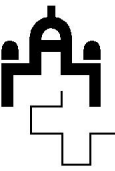


# Flüchtlingen, die in ihre Herkunftsländer reisen, soll automatisch der Flüchtlingsstatus aberkannt werden

- Der Nationalrat hat einen Vorschlag der SVP angenommen, der bei Heimatreisen von Flüchtlingen Ordnung schaffen wird.
- Flüchtlingen, die in ihre Herkunftsländer reisen, soll automatisch der Flüchtlingsstatus aberkannt werden. Denn wer in seine Heimat reist, um dort Ferien zu machen oder Verwandte zu besuchen, kann nicht wirklich an Leib und Leben verfolgt sein. Unechte Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten sollen damit leichter aufgedeckt und die Attraktivität der Schweiz gesenkt werden.
- Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat. Es bleibt zu hoffen, dass die übrigen bürgerlichen Parteien den Antrag der SVP weiterhin stützen und nicht verwässern. Bisher wollte der Ständerat nämlich Ausnahmen zulassen, die zu einer Aushebelung des Reiseverbots geführt hätten.







# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/6): Ausländerpolitik

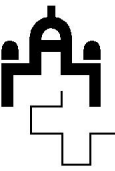
**Nicht-Umsetzung  
der  
Ausschaffungs-  
initiative**

**Aufenthalts-  
bewilligung für  
Sans-Papiers**

**Einbürgerung  
von Sozialhilfe-  
abhängigen**

**Kein  
Systemwechsel  
im Asylbereich**

- Sowohl der National- als auch der Ständerat lehnten es ab, transparente Statistiken über den Vollzug der Ausschaffungsinitiative zu erstellen. Damit soll wohl verhindert werden, dass ans Licht kommt, vor was die SVP von Anfang an warnte: Die Härtefallklausel wird nicht nur in absoluten Ausnahmefällen angewendet, sondern wird zum Regelfall, eben zu einer Täter-schutzklausel. Dies führt dazu, dass ausländische Straftäter trotz klarem Volksentscheid weiter in der Schweiz bleiben dürfen.
- Der Nationalrat lehnte eine Motion der SVP-Fraktion ab, welche die liberale Bewilligungspraxis des Kantons Genfs unterbinden wollte. Dieser stellt illegalen Aufenthalt (Sans-Papiers) massenhaft Aufenthaltsbewilligungen aus und setzt damit völlige Fehlanreize. Alle Parteien ausser der SVP tolerieren diese Praxis.
- Eine Mehrheit des Nationalrats will, dass Kinder von ausländischen Sozialhilfeempfängern erleichtert eingebürgert werden können. Es handelt sich dabei um ein Schlupfloch, das mit der erleichterten Einbürgerung der dritten Generation entstanden ist. Eine Initiative der SVP, die dieses Schlupfloch schliessen wollte, wurde klar abgelehnt. Damit wird es faktisch unmöglich, den Eltern bei Bedarf die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen, selbst wenn sie jahrelang vom Steuerzahler leben.
- Der Bund soll dafür sorgen, dass die Schweiz den an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen möglichst nahe den Herkunftsländern hilft und dafür Anreize konsequent abbaut, welchen Schleppern ein blühendes Geschäft mit lebensgefährlichen Reisen ermöglicht. Lediglich die SVP-Fraktion unterstützte die Initiative des Kantons Aargau und so lehnte sie nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat wuchtig ab.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/6): Staatspolitik

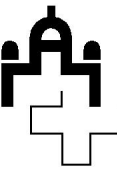
**Souveränität der  
Kantone bei  
Wahlfragen**

**e-Voting soll  
weiterverfolgt  
werden**

**Nein zu Ein-  
sparungen beim  
Bundespersonal**

**Nationalhymne  
nicht durch die  
Hintertür ändern**

- Das Parlament will den Kantonen freie Hand lassen in der Frage, wie sie ihre Behörden wählen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dank Unterstützung der SVP knapp einverstanden gezeigt. Das Geschäft geht nun für die Detailberatung zurück in die Kommission.
- Trotz unklarem Nutzen sowie zunehmenden Cyberangriffen und Wahlmanipulationen in jüngerer Vergangenheit will eine Mehrheit des Nationalrates das e-Voting vorantreiben. Ein Moratorium aus den Reihen der SVP lehnte der Rat ebenso ab wie eine Initiative der Grünen.
- Der Ständerat lehnt die beiden folgenden vom Nationalrat angenommene Motionen der SVP-Fraktion ab: «Überarbeitung des Leistungslohnsystems für das Bundespersonal» und «Keine übertriebenen Löhne und Sozialleistungen für das Bundespersonal». Er will die grosszügigen Vergütungen in der Bundesverwaltung nicht antasten.
- Der Ständerat ist dafür, den Schweizerpsalm als Nationalhymne in einem Gesetz zu verankern. Er hat einer parlamentarischen Initiative aus den Reihen der SVP-Fraktion Folge gegeben. Gewisse Kreise stören sich an der heutigen Version, insbesondere auch wegen den Hinweisen auf Gott. Es kann jedoch nicht angehen, dass an offiziellen 1.August-Feiern wie auf dem Rütli eine neue Hymne gesungen wird, ohne dass eine politische Diskussion stattfindet.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/6): Wirtschafts- und Steuerpolitik

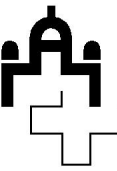
## Palmöl: Mehr Zurückhaltung

## Verrechnungssteuer Falschdeklaration

## Abzugsfähigkeit finanzieller Sanktionen

## Entlastung systemrelevanter Banken

- Der Ständerat fordert vom Bundesrat, bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen darauf zu achten, dass die heimische Pflanzenölherstellung nicht übermässig durch den Import von billigem und teilweise problematisch hergestelltem Palmöl konkurrenziert wird. Er verzichtete jedoch darauf, Palmöl ganz von Freihandelsverträgen auszuschliessen, wie dies zwei Standesinitiativen und eine Motion aus den Reihen der SVP gefordert hatten.
- Wer in der Steuererklärung Erträge nicht deklariert hat, soll die Verrechnungssteuer trotzdem zurückerhalten, sofern er fahrlässig handelte. Das hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat beschlossen. Die Räte gingen dabei über den Vorschlag des Bundesrats hinaus.
- Unternehmen sollen ausländische Bussen und Geldstrafen unter bestimmten Bedingungen von den Steuern abziehen dürfen. Nämlich dann, wenn die gebüsste Handlung in der Schweiz erlaubt ist. Das will der Nationalrat.
- Systemrelevante Banken sind gezwungen, zusätzliches Eigenkapital aufzubauen. Der Bundesrat will verhindern, dass dadurch die Steuerbelastung steigt. Der Nationalrat ist einverstanden mit seinen Plänen. Eine SVP-Minderheit wollte andere Branchen in Bezug auf den Beteiligungsabzug gleich behandeln, erhielt aber keine Unterstützung von den anderen Parteien.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/6): Sicherheitspolitik und Strafrecht

**Vorschriften für  
Rüstungsexporte  
neu durch das  
Parlament**

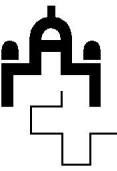
- In einer dringlichen Debatte verlangte die Ratslinke eine Diskussion über die Exportvorschriften von Kriegsmaterial. Der Bundesratsentscheid will künftig defensive Waffen auch in Ländern mit internen Konflikten liefern können. Schweizer Waffen sollen weiterhin nicht in Bürgerkriegsländer wie Syrien oder Jemen geliefert werden. Für diese Länder herrschen internationale Waffenembargos, welche die Schweiz beachtet. Aus Sicht der Schweiz ist es als neutralen Staat strategisch äusserst wichtig, eine eigene Rüstungsindustrie zu haben. Eine Mehrheit des Nationalrats nahm gegen den Willen der SVP eine Motion der BDP an, wonach künftig das Parlament die Details der Exportvorschriften selber bestimmen soll.

**Keine freie Bahn  
für fremde  
Aufhetzer**

- Mit Hilfe der SVP-Fraktion wurde eine Motion mehrheitsfähig, die Teilnahme von ausländischen Rednern an politischen Versammlungen der Bewilligungspflicht unterstellt. Die Regelung ist primär gerichtet gegen ausländische Hassprediger und politische Gruppierungen und andere ausländische Gruppierungen, die in der Vergangenheit teilweise Demonstrationen organisiert hatten, die eskalierten.

**Nationalrat will  
Diskriminierung  
von LGBTI-  
Menschen  
strafbar machen**

- Der Nationalrat will die unsinnige Anti-Rassismus-Strafnorm erweitern und sexuelle Diskriminierung und auch Diskriminierung wegen Geschlechtsidentität unter Strafe stellen. Die grosse Kammer verabschiedete gegen den Willen der SVP und einzelner FDP-Vertreter einen Gesetzesentwurf, der auf einer SP-Initiative beruht. Während bei Gewalttaten eine Kuscheljustiz vorherrscht, kümmert sich eine Mehrheit der Politiker offensichtlich lieber um Scheinprobleme.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/6): Sozial- und Gesundheitspolitik

### Staatliche Förderung von Krippenplätzen

- Der Bund fördert weiterhin die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen, obwohl besonders in städtischen Gebieten bereits ein Überangebot besteht. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen, dass sogenannte Impulsprogramm um weitere vier Jahre zu verlängern. SVP und FDP stemmten sich - wie schon in der grossen Kammer - dagegen.

### Gesundheits- kosten von Asylsuchenden und Sans-Papiers

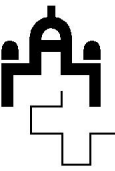
- Im Asylwesen fehlen in vielen Bereichen verlässliche Zahlen. Neben dem Bundesrat weigert sich nun auch der Nationalrat, bei den Gesundheitskosten im Asylwesen und bei illegalen Aufenthalten (Sans-Papiers) Licht ins Dunkel zu bringen. Der Vorstoss aus der SVP-Fraktion erhielt nur von einem Teil der CVP-Fraktion Unterstützung. Der restliche Nationalrat hat wohl Angst vor der Wahrheit und den möglichen politischen Konsequenzen.

### Cannabis soll versuchsweise verkauft werden

- Cannabis soll neu vereinfacht als Medikament abgegeben werden können. Darüber hinaus will der Nationalrat gegen eine Mehrheit der SVP-Fraktion die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit Cannabis für breit angelegte wissenschaftliche Studien in den Städten versuchsweise an Konsumenten verkauft werden kann.

### Drittes Geschlecht

- In einer bürokratischen Übung und gegen den Willen der SVP verlangt eine Mehrheit des Nationalrates vom Bundesrat einen Bericht. Dieser soll aufzeigen, was zu tun ist, um das Personenstandsregister neben Mann und Frau mit einer dritten Geschlechtsidentität zu ergänzen.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/6): Verkehrs-, Umwelt-, Energie- und Kommunikationspolitik

**Fairere Verfahren  
bei Entzug von  
Führerausweisen**

- Die Verfahren rund um den Entzug von Führerausweisen sollen verbessert werden. Das fordert nach dem Ständerat nun auch der Nationalrat. Der Entzug des Führerausweises ist zwar in gewissen Fällen durchaus gerechtfertigt, stellt aber ein gravierender Eingriff dar. Für viele bedeute er sogar ein Berufsverbot. Umso wichtiger ist auch aus Sicht der SVP ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren.

**Erschliessung  
der Randregion  
garantieren**

- Die Mehrheit des Nationalrates will einen Schutz der Investitionen, insbesondere auch in den Randregionen, und ein gutes Angebot an Fernmeldediensten für alle Konsumenten. Der Rat will deshalb im Gegensatz zum Bundesrat am heutigen Zugangsregime nichts ändern. Somit soll die Entbündelung der letzten Meile vorderhand auf Kupferleitungen beschränkt bleiben. Zusätzliche Regulierungen könnten die für den künftigen Netzausbau notwendigen Investitionen – insbesondere in den Randregionen – gefährden.

**Einseitige Strom-  
subventionierung**

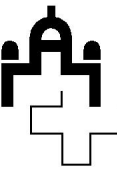
- Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat gegen den Willen der SVP-Fraktion einer weiteren Subventionierung einheimischer Stromproduktionsanlagen zugestimmt. Insbesondere soll die Wasserkraft trotz bereits bestehender Subventionen zusätzlich unterstützt werden. Die Kernenergie ist explizit ausgenommen

**Billag-  
Mehrwertsteuer  
zurückerstatten**

- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Motion aus der SVP zugestimmt. Demnach soll die ungerechtfertigt eingezogene Mehrwertsteuer der Billag endlich an die Bevölkerung zurückerstattet werden.



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**
  4. Aktualitäten



# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

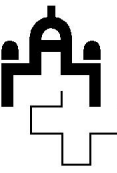
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Wintersession: 26. November – 14. Dezember 2018**
- **Frühlingsession: 4. – 22. März 2019**
- **Sommersession: 3. – 21. Juni 2019** (2. Woche: Dienstag bis Freitag; 10. Juni = Pfingstmontag)
- **Herbstsession: 9. – 27. September 2019**
- **Wintersession: 2. - 20. Dezember 2019**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
  - Anmeldung im Internet unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch):  
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
  - Für Rückfragen E-Mail an [sessionsbesuche@parl.admin.ch](mailto:sessionsbesuche@parl.admin.ch) oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
  - E-Mail an mich
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  - 4. Aktualitäten**



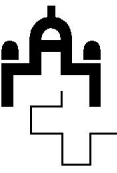
## Stimmen Sie am 25. November 2018...

- Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»
- Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»
- Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

**JA oder  
NEIN**

**JA**

**JA**



**Haben Sie Fragen?**